

20 Klimaschutz müssen diese Ungerechtigkeit berücksichtigen, um einen sozial
21 gerechten Klimaschutz zu gewährleisten.

22 **Klimaungerechtigkeit – auch in Deutschland**

23 Die Klimakrise ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Gerade für arme
24 Menschen haben Klimakatastrophen häufig verheerende Auswirkungen. Sie können
25 sich aufgrund ihrer geringeren finanziellen Möglichkeiten seltener schützen,
26 anpassen und von Katastrophen erholen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel
27 beitragen. So hat das reichste Prozent der Menschen zwischen 1990 und 2015 mehr
28 als doppelt so viel klimaschädliches CO² ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der
29 Weltbevölkerung zusammen.^[1]

30 Auch auf nationaler Ebene sind insbesondere arme und sozial benachteiligte
31 Bürger*innen von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sie können sich
32 beispielsweise aufgrund ihrer Wohn- und Arbeitssituation häufig schlechter vor
33 Hitzewellen schützen. Zudem gibt es in sozial benachteiligten Stadtteilen meist
34 weniger Grünflächen, die zu einem gewissen Grad für natürliche Kühlung sorgen
35 könnten. Anders ausgedrückt: Es lebt sich bei einer Hitzewelle in einem
36 Eigenheim „im Grünen“ weitaus besser als in einer kleinen Mietwohnung in der
37 Nähe einer vielbefahrenen Straße.

38 Generell sind Menschen mit finanziellen Mitteln im Vorteil. In den Wintermonaten
39 mit extremen Schnee- & Kältekatastrophen sind die steigenden Heizkosten vor
40 Allem für benachteiligte Personen ein großes Problem. Auch bei Überflutungen
41 können Menschen mit finanziellen Rücklagen und teuren Versicherungen in der
42 Regel wieder besser auf die Beine kommen.

43 Generell s

44 Gleichzeitig bergen steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel in Folge des
45 Klimawandels bzw. des Kampfes gegen den Klimawandel die Gefahr einer
46 gesellschaftlichen Spaltung. Während die Bezieher*innen höherer Einkommen
47 zumindest vorübergehend mit steigenden Preisen leben können, geraten
48 Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Transferleistungsempfänger*innen rasch an
49 die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. TEST

50 Die aktuellen politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels wirken
51 dieser Ungerechtigkeit bisher nicht ausreichend entgegen. Stattdessen werden
52 sozial Benachteiligte, aber auch Auszubildende, Studierende und junge
53 Arbeitnehmer*innen in Relation zu ihrem Einkommen besonders stark belastet, um
54 die Kosten der Klimaanpassung und des Klimaschutzes zu tragen.

55 **Eine Forderung: Klimageld für alle**

56 Reiche Menschen tragen eine besondere Verantwortung für die Verursachung des
57 Klimawandels und der damit einhergehenden Frage nach Klimagerechtigkeit.
58 Deswegen müssen sie die entstehenden Kosten besonders mittragen. Dies umfasst
59 die Eindämmung des Klimawandels, die entsprechenden Anpassungen und den
60 Ausgleich bereits entstandener Schäden.

61 Daher fordern wir die Bundesregierung auf, dementsprechend Maßnahmen zu
62 ergreifen, die nicht nur die Emission von Treibhausgasen massiv mindern, sondern
63 gleichzeitig auch die Anpassung an sich verändernde klimatische
64 Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei sollte es leitendes Prinzip sein, vorrangig
65 die an den Kosten zu beteiligen, die am meisten zum Klimawandel beitragen und
66 jene zu entlasten, die stärker unter den Folgen leiden.

67 Eine Möglichkeit, welche auch von wissenschaftlichen Institutionen unterstützt
68 wird, ist das sogenannte Klimageld. In Form einer Pro-Kopf-Pauschale steht es
69 allen Bürger*innen zu. Das Klimageld wird aus einem Fonds, welcher aus einer
70 angemessenen CO₂-Bepreisung gespeist wird, gezahlt. Waren, deren Produktion CO₂-
71 intensiv ist, bzw. Dienstleistungen, deren Nutzung viel CO₂ ausstößt, werden
72 höher besteuert als Produkte und Dienstleistungen mit geringen Emissionen. Deren
73 Konsum führt zu höheren Steuerabgaben. Die eingenommenen Steuern werden mit dem
74 Klimageld gleichmäßig an die Bürger*innen abgegeben. So erfolgt eine gerechtere
75 Verteilung. Personen mit einem geringeren CO₂-Fußabdruck – in der Regel ärmere
76 Haushalte – können somit von diesem Klimageld profitieren.

77 [1] Vgl. Oxfam Deutschland (2020): Das reichste 1 Prozent schädigt das Klima
78 doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt,
79 [https://www.oxfam.de/ueberuns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-](https://www.oxfam.de/ueberuns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klimadoppelt-so-stark)
80 [prozent-schaedigt-klimadoppelt-so-stark](https://www.oxfam.de/ueberuns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klimadoppelt-so-stark), 01.03.2023



A2

Antrag

Initiator*innen: BDKJ Bundesvorstand

Titel: **Gemeinsam aktiv für eine starke Demokratie:
Schwerpunktthema & Aktionsrahmen**

Antragstext

1 Ausgangslage:

- 2 • Wir beobachten einen steigenden Rechtsruck in der Gesellschaft. Das
3 Diskursklima verschärft sich in Richtung extrem rechter Entgleisungen
4 viele Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind
5 sagbar, sind salonfähig geworden.
- 6 • Dies spiegelt sich auch in der gegenwärtigen Studienlage: So zeigt die
7 Mitte-Studie^[1], dass rechtsextreme Einstellungen in den letzten Jahren
8 stark angestiegen, weiter in die ‚gesellschaftliche Mitte‘ gerückt sind
9 und dass sich Menschen zunehmend von der Demokratie distanzieren; ein Teil
10 radikalisiert sich. Dabei ist eine enge Verschränkung mit weiteren
11 Ideologien der Ungleichwertigkeit zu beobachten, darunter Antisemitismus
12 und Antifeminismus. Die Studienlage verdeutlicht, dass eine nationale
13 Orientierung zur Krisenbewältigung mit demokratiegefährdenden
14 Einstellungen einhergeht.
- 15 • Das Erstarren der Neuen Rechten und das elfjährige Bestehen der AfD einer
16 Partei, deren Jugendorganisation und mehrere Landesverbände als gesichert
17 rechtsextrem eingestuft werden – stehen für eine Dekade organisierter
18 Demokratiefeindlichkeit. - „Die AfD wirkt“.^[2] Die hohen Wahlergebnisse
19 der AfD bei den Landtags- und U18-Wahlen in Hessen und Bayern
20 verdeutlichen, dass auch junge Menschen gegenüber rechtspopulistischen bis
21 extrem rechten Wahlangeboten nicht immun sind.

22 Handlungbedarf:

- 23 • Der damit verbundene Bedarf, demokratiebildende und -stärkende Aktivitäten
24 zu intensivieren, ist noch immer höchstaktuell, hat sich durch die
25 veränderten politischen Kräfteverhältnisse und Wahlprognosen verschärft
26 und erfordert vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und politischen
27 (Diskurs-)Klimas sowie der erstarkenden Neuen Rechten eine dringliche
28 Bearbeitung.
- 29 • Dabei wird deutlich: Einsamkeit, fehlende Bildung(schancen) und soziale
30 Ungleichheit schwächen gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie. Es
31 braucht daher sozialpolitische Rahmenbedingungen, die
32 generationenübergreifend Sicherheit vermitteln und (strukturellen)
33 Ungleichheiten entgegenwirken, um das Vertrauen in die Demokratie zu
34 stärken und Lust darauf machen, sie mitzugestalten.
- 35 • Gerade als katholische Jugendverbände sind wir gefragt, aus unserem
36 christlichen Glauben heraus unser Engagement für die Demokratie zu
37 intensivieren und Handlungssicherheit zu vermitteln, wenn es darum geht,
38 mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck und rechtspopulistischen
39 Diskursstrategien umzugehen sowie jungen Menschen Selbstwirksamkeit zu
40 ermöglichen, sie ihn ihrem Engagement zu stärken und sichtbar zu machen

41 [1] S. hierzu auch: Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Begründung

- Die letzten zwei Bundestagswahlen standen beim BDkJ im Zeichen der bundesweiten Aktion Zukunftszeit. Im Jahr 2021 haben die katholischen Jugendverbände in nur 7 Monaten 48.638 Stunden Engagement für ein buntes Land gesammelt; 35.000 Stunden dauert eine Legislaturperiode.
- Aus der Auswertung der letzten Zukunftszeit-Aktion und einer im Herbst 2023 durchgeführten Online Befragung der Jugend- und BDkJ-Diözesanverbände geht der mehrheitliche Wunsch nach einem Folgeformat rund um die Bundestagswahl 2025 hervor, das an Zukunftszeit anschließt, jedoch von einem neuen Konzept und einer neuen Marke gerahmt wird.
- Zentral ist dabei das Anliegen, Demokratiestärkung als jugendpolitisches Querschnittsthema (über die bevorstehenden Wahlen hinweg) stärker zu fokussieren. Damit verbunden ist der Wunsch, zur Bundestagswahl 2025 von Bundesebene eine Rahmenkampagne aufzusetzen, die es den Jugend

und Diözesanverbänden ermöglicht, demokratiebildende und -stärkende Aktivitäten, die sie vor Ort planen, damit zu verknüpfen – ohne großen zusätzlichen zeitlichen Aufwand



A2-1

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Gemeinsam aktiv für eine starke Demokratie:
Schwerpunktthema & Aktionsrahmen**

Antragstext

Ausgangslage 2024:

- Wir beobachten einen steigenden Rechtsruck in der Gesellschaft der Gesellschaft der Gesellschaft der Gesellschaft der Gesellschaft. Das Diskursklima verschärft sich in Richtung extrem rechter Entgleisungen viele Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind sagbar, sind salonfähig geworden das sieht man am Beispiel von Heidi Reichinek.
- Dies spiegelt sich auch in der gegenwärtigen Studienlage: So zeigt die Mitte-Studie^[1], dass rechtsextreme Einstellungen in den letzten Jahren stark angestiegen, weiter in die ‚gesellschaftliche Mitte‘ gerückt sind und dass sich Menschen zunehmend von der Demokratie distanzieren; ein Teil radikalisiert sich. Dabei ist eine enge Verschränkung mit weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit zu beobachten, darunter Antisemitismus und Antifeminismus. Die Studienlage verdeutlicht, dass eine nationale Orientierung zur Krisenbewältigung mit demokratiegefährdenden Einstellungen einhergeht.
- Das Erstarren der Neuen Rechten und das elfjährige Bestehen der AfD einer Partei, deren Jugendorganisation und mehrere Landesverbände als gesichert rechtsextrem eingestuft werden – stehen für eine Dekade organisierter Demokratiefeindlichkeit. - „Die AfD wirkt“.^[2] Die hohen Wahlergebnisse der AfD bei den Landtags- und U18-Wahlen in Brandenburg, Thüringen und

22 Sachsen sowie bei der Bundestagswahl 2025 verdeutlichen, dass auch junge
23 Menschen gegenüber rechtspopulistischen bis extrem rechten Wahlangeboten
24 nicht immun sind.

- 25 • Hier könnte ein sinnvoller Antragstext stehen.
- 26 • Wir sehen das die Linke Sozialpolitische Forderungen stellt, feministische
27 Aussagen macht gegen die die Aktuelle Politische Lage der CDU

28 **Handlungsbedarf:**

29 **Handlungsbedarf:**

- 30 • Der damit verbundene Bedarf, demokratiebildende und -stärkende Aktivitäten
31 zu intensivieren, ist noch immer höchstaktuell, hat sich durch die
32 veränderten politischen Kräfteverhältnisse und Wahlprognosen verschärft
33 und erfordert vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und politischen
34 (Diskurs-)Klimas sowie der erstarkenden Neuen Rechten eine dringliche
35 Bearbeitung.
- 36 • Dabei wird deutlich: Einsamkeit, fehlende Bildung(schancen) und soziale
37 Ungleichheit schwächen gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie. Es
38 braucht daher sozialpolitische Rahmenbedingungen, die
39 generationenübergreifend Sicherheit vermitteln und (strukturellen)
40 Ungleichheiten entgegenwirken, um das Vertrauen in die Demokratie zu
41 stärken und Lust darauf machen, sie mitzugestalten.
- 42 • Gerade als christliche Jugendverbände sind wir gefragt, aus unserem
43 christlichen Glauben heraus unser Engagement für die Demokratie zu
44 intensivieren und Handlungssicherheit zu vermitteln, wenn es darum geht,
45 mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck und rechtspopulistischen
46 Diskursstrategien umzugehen sowie jungen Menschen Selbstwirksamkeit zu
47 ermöglichen, sie ihn ihrem Engagement zu stärken und sichtbar zu machen
- 48 • zusätzlicher wichtiger Punkt

49 [1] S. hierzu auch: Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.